

Positionen zum
Zusammenhalt
unserer Gemeinschaft

Patriotismus im vereinigten Europa

Matthias Rößler

Im vereinigten Europa ist die historische und kulturelle Schicksalsgemeinschaft der Nation unverzichtbar. Niemand will in Europa seine Nation aufgeben, vielleicht bis auf einige linke Politiker und Intellektuelle in Deutschland. Das zeigten die Franzosen und Niederländer ihren Politikern mit der Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrages in einer bitteren Lektion. Sie haben nicht die Idee eines vereinten Europa infrage gestellt, wohl aber den Irrglauben, es sei ohne Nationen, ohne selbstbewusste Völker zu bauen. Das „Europa der Vaterländer“, das Charles de Gaulle so visionär vor Augen stand, entspricht eben dem mehrheitlichen Willen seiner Bewohner.

Europas Stärke liegt in der Vielfalt seiner nationalen Kulturen mit dem großen gemeinsamen Kernbestand, der seine Völker verbindet. Das deutsche Volk hat Europa und die Welt bereichert. Deutsche Musik, deutsche Literatur, deutsche Philosophie und andere Wissenschaften sind unverzichtbare Bausteine der großen Menschheitskultur geworden. Auf diese Leistungen gründet sich unser Stolz, nicht auf gewonnene Schlachten. Zur europäischen Integration gibt es keine angemessene Alternative, wenn wirtschaftliche und politische Stabilität auf unserem Kontinent gesichert werden sollen. Aber zu dieser Stabilität gehört eben auch die gemeinsame europäische Identität, die aus den Werten, der Kultur und der Geschichte der Nationen schöpft. Diese europäische Identität, die ihre gemeinsamen Wurzeln im antiken Erbe, dem

Christentum und der Aufklärung hat, zieht auch die Grenzen Europas. Die islamische Türkei gehört nicht dazu. Die von der CDU unterstützte privilegierte Partnerschaft bindet dieses mit seinem Schwerpunkt in Asien liegende Land ausreichend an die Europäische Union, die im Falle einer Aufnahme zur Freihandelszone verkümmern würde. Hier muss die Führung der CDU im deutschen und europäischen Interesse dem Drängen des Koalitionspartners und dem amerikanischen Druck standhalten. Wenn sie von ihrer Position gegen den EU-Beitritt der Türkei abrückt, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit in Partei und Bevölkerung.

Patriotismus, die Liebe zum Vaterland, ist für unsere Nachbarn in Ost und West eine Selbstverständlichkeit. Staaten und ihre Nationen gewinnen durch die Bindung an gemeinschaftliche Ziele und Überzeugungen inneren Zusammenhalt, Optimismus und Vertrauen in die Zukunft. Der Einzelne und seine Interessen bilden mit dem Anspruch des Staates einen gemeinsamen Sinnzusammenhang, der zu emotionaler Hingabe, Engagement und Opferbereitschaft führen kann. Da diese Selbstverständlichkeit auch für die in der Bundesrepublik Deutschland handelnde Politikergeneration nach 1945 galt, fand das Erziehungsziel „Liebe zur Heimat“ seine Erwähnung in vielen Landesverfassungen.

Im Gefolge der Kulturrevolution von 1968 wurde der Begriff „Patriotismus“ stigmatisiert, mit dem historisch belasteten „Nationalismus“ gleichgesetzt und

als rechtsextrem oder zumindest reaktionär diskreditiert. Multikulturalismus und eine europäische postnationale Identität sollten die nach Orientierung in einer globalisierten Welt suchende deutsche Gesellschaft zusammenhalten.

Der internationale Terror, das Entstehen von Parallelgesellschaften und zunehmende soziale Spannungen führen indes nun zum Scheitern auch dieses deutschen Sonderweges, der ohne Patriotismus, Nation, nationale Identität, ohne den selbst im europäischen Verfassungsvertrag erwähnten Nationalstolz auskommen wollte.

„Schwieriges Vaterland“

Deutschland gilt als schwieriges Vaterland. Die Einigung als Staatsnation gelang nach der gescheiterten demokratischen Revolution von 1848 erst spät und nach dem Krieg gegen Frankreich 1870/71 nur mit „Blut und Eisen“ von oben. Patriotismus wurde damals nicht nur in Deutschland missbraucht. Nationalismus und schrankenloser Chauvinismus in ganz Europa führten zur „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkrieges.

Die Weimarer Republik scheiterte bald an der mangelnden Unterstützung der Demokratie. In der sich anschließenden totalitären Diktatur verübten die Nationalsozialisten historisch einmalige Verbrechen und stürzten Europa in einen Zweiten Weltkrieg.

Die sich anschließende Teilung Deutschlands und Europas galt vielen linken Intellektuellen als gerechte Strafe für diese Verbrechen. Die historische Last dafür trugen die Menschen östlich des Eisernen Vorhangs. Dass sie sich in der demokratischen Revolution von 1989/90 davon befreiten, die kommunistische Diktatur stürzten und die Spaltung Deutschlands und Europas überwinden, missbilligen Teile der Linken bis heute. Aber ihre Abneigung gegen alles Deutsche und Ablehnung der eigenen Ge-

schichte, die Züge eines „negativen Nationalismus“ annimmt, stößt zunehmend auf Unverständnis. Über achtzig Prozent der Deutschen meinen, als Deutscher könne man genauso stolz sein auf sein Land wie als Franzose, Amerikaner oder Engländer. Auch Politiker und Publizisten des eher linken Spektrums erkennen zunehmend, dass die Diskussion über Patriotismus notwendig wird. Sie machen der Union ihr eigenes Terrain streitig. Der sozialdemokratische Bundeskanzler erinnerte Unternehmer an ihre patriotische Pflicht, Arbeitsplätze in Deutschland zu halten. Die SPD initiierte eine „national“ gefärbte Kapitalismuskritik und vertrat „deutsche Interessen“, auch gegen Brüssel und Washington. Man erkennt, dass Patriotismus und Geschichtspolitik eine Einheit bilden, und widmet sich Themen wie Flucht, Vertreibung und Bombenkrieg, um sie nach Günter Grass nicht den „Rechtsgestrickten“ zu überlassen.

Innerer Zusammenhalt

Die sächsische CDU als patriotische, konservative und christlich-wertorientierte Volkspartei mit hohem sozialen Anspruch widmet sich diesem Thema, da der Großteil ihrer Mitglieder bewusst der Partei der deutschen Einheit beitrat. Sie braucht gute Argumente und einen langen Atem, wenn sie in dieser Diskussion bestehen will. Aber die Menschen in diesem Land wollen mehr als nur technokratische Politik zur Reform oder zur Reparatur der maroden Steuer-, Renten- und Gesundheitssysteme. Sie fragen nach dem inneren, geistigen Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und dem Beitrag, den Interessengruppen und Eliten zum Gemeinwohl leisten. Auch die offene Gesellschaft mit Demokratie, Sozialer Marktwirtschaft und Freiheit ist, wie Francis Fukuyama inzwischen selbst eingestehst, nicht das „Ende der Geschichte“. In den Augen der Menschen muss sie ihre anderen staatlichen oder gesellschaft-

„Das Singen der Hymne muss eine Selbstverständlichkeit bei öffentlichen Veranstaltungen werden, dient der Identifikation der Bürger mit ihrem Gemeinwesen und wird gerade von jedem Politiker als Bekenntnis zum demokratischen Staat erwartet.“ (Matthias Rößler)

Hier: Singen der Nationalhymne am Ende des CDU-Parteitages in Dortmund am 28. August 2005

© dpa, Foto: Bernd Thissen



lichen Ordnungen überlegene politische Gestaltungsfähigkeit und ihren Gestaltungswillen immer wieder unter Beweis stellen.

Patriotismus kann man nicht herbeireden oder verordnen. Er eignet sich nicht als Wahlkampfparole oder Ersatz für Reformen und findet sich daher in allen demokratischen Volksparteien. Kurt Schumacher und Helmut Kohl gelten zu Recht als deutsche Patrioten. Das Thema lässt sich nicht parteipolitisch instrumentalisieren zur Ausgrenzung von Gegnern und zur Begründung eigener noch so reformorientierter Politik. Unterstützer der CDU-Gesundheitsprämie sind genauso wenig automatisch Patrioten wie im Aus-

land investierende Unternehmer „vaterlandslose Gesellen“.

Das Band der ganzen Geschichte

Patrioten stellen sich der gesamten Geschichte ihrer Nation. „Unsere ganze Geschichte bestimmt die Identität unserer Nation. Wer einen Teil davon verdrängen will, der versündigt sich an Deutschland“, hat unser Bundespräsident Horst Köhler in seiner großen Rede zum 8. Mai 2005 ermahnt. Wir stehen zu dieser Geschichte von über tausend Jahren, der guten und der schrecklichen. Sie ist das innere Band, das die Generationen verbindet und die Nation zusammenhält.

Sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind wir tief betroffen von den historisch einmaligen Verbrechen des Nationalsozialismus. Aber auch eingedenk eigener Schuld und der Verantwortung für diese in deutschem Namen begangenen Verbrechen trauern wir um die Opfer der Vertreibung von zwölf Millionen Deutschen aus ihrer Heimat im Osten und um die Opfer des Bombenkrieges gegen unsere Städte. Ebenso bedeutsam ist die Erinnerung an die Verbrechen der kommunistischen Diktatur in unserem Land und die Forderung nach einer Entschädigung der Verfolgten dieses Regimes. Die beispielhafte sächsische Gedenkstättenarbeit widmet sich deshalb beiden totalitären Diktaturen und kann bundesweit als Vorbild dienen. Ein europäisch ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibungen, das die CDU fordert, sollte bald in Berlin errichtet werden.

Patriotismus wird gelebt in den guten und schlechten Zeiten und erlebt in den Sternstunden unserer Geschichte. Wir sind stolz auf die großartige Leistung unserer Großeltern und Eltern in Ost und West, die nach dem Krieg aus einer Trümmerwüste eines der blühendsten und wohlhabendsten Länder der Welt geschaffen haben. Sie bewiesen, dass sie „die eigene Begabung zur Freiheit besaßen“, wie Horst Köhler sagte.

Zu erinnern ist auch an die mutigen Männer und Frauen des 20. Juli 1944, deren Attentat auf Adolf Hitler eine wahrhaft patriotische Tat genannt werden kann, an die streikenden Arbeiter des 17. Juni 1953, die erstmals im gesamten Ostblock gegen die Kommunisten und für die Wiedervereinigung aufstanden, und an die friedliche Revolution von 1989, die im Oktober in Sachsen begann, am 9. November die Mauer in Berlin fallen ließ und am 3. Oktober 1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands und

zur Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen führte.

Medien und Schule

Die Auseinandersetzung mit den positiven und negativen Ereignissen unserer Geschichte findet zunehmend statt. Eine wichtige Rolle dabei spielen die Medien. In den Schulen prägen das Kernfach Geschichte, das sich mit den totalitären Diktaturen des Nationalsozialismus und des Kommunismus auseinander setzen sollte, und das Kernfach Deutsch mit seinem Literaturkanon entscheidend das Weltbild und die Einstellung der jungen Generation in diesen Fragen. Gerade das Fach Geschichte muss deshalb nicht nur in Sachsen, sondern auch in ganz Deutschland wieder eine größere Bedeutung erhalten. Die herrschende Deutungsdominanz der „Achtundsechziger“ in Medien, Wissenschaft und Schule und die damit verbundene Diskreditierung wertorientierter Positionen ist zu überwinden. Nachdem eine geistige Wende weder 1982 nach dem Übergang von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl noch nach dem Scheitern des Kommunismus 1989 gelang, wird sie nach der Rückkehr der Union in die Regierungsverantwortung in Berlin mit der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel möglich.

Freiheit und Demokratie

Patriotismus ist untrennbar verbunden mit Freiheit und Demokratie. Das war zu Anfang so, als sich die Völker Europas gegen ihre Fürsten erhoben oder ihren Freiheitskampf gegen fremde Unterdrücker führten. So gewannen die dreizehn amerikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit von der britischen Krone und sind heute die mächtigste Nation der Erde. So stürmten die Franzosen 1789 die Bastille und machten ihre Republik zum Vorbild der europäischen Patrioten. So erkämpften aber auch europäische Völker in den Befreiungskriegen gegen die napoleoni-

sche Fremdherrschaft ihre Unabhängigkeit.

So stürzten die Deutschen 1989 im Osten des Vaterlandes in einer friedlichen Revolution die kommunistische Diktatur und erzwangen die deutsche Einheit. Dieses weltgeschichtliche Ereignis, identitätsstiftend als einzige erfolgreiche demokratische Revolution in unserer ganzen Geschichte, führte das vereinte Deutschland endgültig an die Seite der freien Völker des Westens: gleichberechtigt und souverän. Unbeirrt hatten die CDU und Helmut Kohl an diesem Ziel festgehalten. Zusammen mit den Ungarn, Polen, Tschechen und Balten, den demokratischen Revolutionären der mittel- und osteuropäischen Völker, überwanden wir die Spaltung Europas. Dieser Siegeszug von Freiheit und Demokratie ist im Osten unseres Kontinentes noch lange nicht zu Ende. Die Sternstunden der Patrioten in Mittel- und Osteuropa verbanden sich mit der Wiedergeburt souveräner Nationalstaaten, stolz und von ungebrochener Vitalität.

Bruch in der nationalen Selbstachtung

Der Patriot liebt das eigene Vaterland und schätzt im Unterschied zum Nationalisten die Vaterländer der anderen. Er stellt sich der Geschichte, der gesamten Vergangenheit seiner Nation. Der Nationalist hingegen behandelt die Geschichte seines Landes wie einen Steinbruch, aus dem die guten Stücke herausgebrochen und hoch gelobt, die schlechten dagegen übersehen und verschwiegen werden. Umgekehrt gibt es aber auch jene, die in der deutschen Geschichte nur den Schatten, nie das Licht, stets das Negative betonen. Das aber ist nichts anderes als „negativer Nationalismus“, der mit seiner Abneigung gegen die eigene nationale Identität im radikalen Widerspruch zum im europäischen Sinne verstandenen Patriotismus steht. Er hängt ursächlich zusammen mit

dem tiefen Bruch in der nationalen Selbstachtung als Konsequenz der nationalsozialistischen Verbrechen, des Krieges und der Teilung. Und selbstverständlich konnten die Deutschen nach 1945 nicht einfach so weitermachen, als wäre 1933 nichts geschehen. Doch Schuldbewusstsein lässt sich nicht dauerhaft zum alleinigen Fundament der Staatsräson eines ganzen Landes machen, schon gar nicht nach der Wiedervereinigung.

Patriotismus und Weltbürgertum

Die Deutschen sind 1990 nicht in einen überheblichen Nationalismus verfallen. Sie überschätzen die eigene Nation keineswegs, wenden sich nicht chauvinistisch gegen ihre Nachbarvölker und treten für ein vereintes Europa ein. Sie haben aus der Geschichte gelernt.

„Patriotismus ist die Voraussetzung des Weltbürgertums.“ Mit dieser Formulierung beschreibt Ralf Dahrendorf etwas, was für die Geistesgrößen der deutschen Klassik und der europäischen Aufklärung selbstverständlich war. Man kann Weltbürger sein, indem man ein guter Europäer, ein deutscher Patriot, ein echter Sachse, ein seine Heimat liebender Vogtländer, Erzgebirgler, Schlesier, Sorbe oder Lausitzer ist. Hier gibt es keine Gegensätze, denn ein europäisches Vaterland oder gar ein Weltstaat bleiben eine Illusion. Weltbürgertum und europäische Einigung setzen die eigene nationale und kulturelle Identität voraus, über die man gerade in der globalisierten Welt verfügen muss.

Familie, Muttersprache, Heimat, Kultur, Religion und regionale Identität sind grundlegend für die Stabilität der Gemeinschaft. Die Familie erzieht zu Werten und Tugenden wie Ehrlichkeit, Disziplin, Fleiß, Mut, Verlässlichkeit und Treue, lebt die Verantwortung zwischen den Generationen, lehrt die Muttersprache und vermittelt die Grundlagen von Kultur und möglicherweise Religion. Kindergar-

ten und Schule fördern und vertiefen diese Sozialisation in der Gesellschaft mit ihren Mitteln. Die CDU muss mit Blick auf die demografische Entwicklung die Familien als wichtigsten Bereich unserer Gesellschaft stärken und zum Kernbereich ihrer Politik machen.

Regionale Identität

Gerade die Sachsen verfügen über eine starke regionale Identität und blicken mit Stolz auf eine tausendjährige Geschichte zurück. Die sächsische Staatlichkeit ist seit der Begründung der Mark Meißen 929 durch den ersten deutschen König Heinrich eng mit der deutschen Nationalgeschichte verbunden. Sachsen, damals das heutige Mitteldeutschland umfassend, verfügte durch seine Ressourcen, durch die zielstrebige Politik seiner wettinischen Kurfürsten und Könige und durch seine kluge und fleißige Bevölkerung jahrhundertelang über eine entscheidende Stellung im Deutschen Reich. Die durch Martin Luther ausgelöste Reformation, die von Leibniz, Gottsched und anderen Gelehrten getragene Aufklärung und die industrielle Revolution hatten hier ihren Ausgangspunkt und waren der Beitrag Sachsens zur Identitätsbildung der deutschen Nation. Doch der lag nicht nur in Kultur, Wissenschaft und Industrialisierung. Die Sachsen begannen 1989 die friedliche Revolution und gründeten ihren Freistaat am 3. Oktober 1990 auf der Meißen Albrechtsburg aus eigener Kraft und aus den Initiativen der Runden Tische neu.

Ein Freistaat mit dieser Geschichte und großen Tradition kann auf eine starke sächsische Identität bauen, die den Menschen Halt und Selbstbewusstsein gibt. Umso wichtiger ist die Reform des föderalen Systems, die der Staatsregierung, dem Landtag und den Kommunen eine klare Kompetenz und Verantwortung zuweist. Damit können Transparenz, Bür-

gernähe und Mitwirkungsmöglichkeiten gestärkt werden.

Emotionale Erhebung

Patriotismus braucht Symbole, Institutionen und Traditionen, damit er auch emotional wirksam werden kann. Unsere europäischen Nachbarn verfügen über einen unbestrittenen Fundus solcher Institutionen. Er reicht von den Königshäusern in den verbliebenen west- und nordeuropäischen Monarchien über das für alle Franzosen verpflichtende Ideen- und Institutionsgefüge der *république* bis hin zu Westminster und den *Houses of Parliament* als inhaltsreichen Zeugnissen einer jahrhundertealten politischen Kultur in Großbritannien. In Deutschland fehlen trotz des Brandenburger Tores und des wieder aufgebauten Reichstages in Berlin solche symbolträchtigen Institutionen, die den Patriotismus auf ein sinnfälliges Zentrum hin bündeln und Momente kollektiver emotionaler Erhebung ermöglichen. Solche Momente jedoch braucht ein Staat, um für seine Bürger attraktiv zu bleiben.

Aber die Deutschen haben ihr Lied, das August Heinrich Hoffmann von Fallersleben einst auf Helgoland verfasste, sieben Jahre vor der gescheiterten Revolution von 1848. Und die Deutschen erhoben die schwarz-rot-goldene Fahne, die damals über den Barrikaden wehte, zu ihrer Nationalflagge. Diese Fahne ist zusammen mit der Fahne des Bundeslandes bei den entsprechenden Anlässen vor jedem öffentlichen Gebäude und besonders vor Schulen und Hochschulen zu hissen. Das Erlernen der Nationalhymne gehört in die Lehrpläne der Grundschulen. Nach einer aktuellen Umfrage des Leipziger Institutes für Marktforschung, die nach dieser in Sachsen erhobenen Forderung durchgeführt wurde, sind 77 Prozent der Deutschen dafür, dass diese in den Schulen gelernt und gesungen werden soll. Im Osten liegt die Zustimmung sogar bei 84 Prozent. Das Singen der

Hymne muss eine Selbstverständlichkeit bei öffentlichen Veranstaltungen werden, dient der Identifikation der Bürger mit ihrem Gemeinwesen und wird gerade von jedem Politiker als Bekennnis zum demokratischen Staat erwartet.

Freiheit und Gemeinschaft

Uns reicht der in diesem Zusammenhang von Jürgen Habermas bemühte Rückgriff auf einen „Verfassungspatriotismus“ als enge geistige Heimat nicht aus. Wer glaubt, die Lektüre des Grundgesetzes allein versetze die Deutschen in positive nationale Wallungen und lasse sie gar zu opferwilligen Dienern am Gemeinwohl werden, verkennt die Mechanismen von Geschichte und Politik. Auch der eigentliche Vater des Begriffes, Dolf Sternberger, wusste, dass „Verfassungspatriotismus“ die Verankerung in Heimat, Sprache, Geschichte und Kultur voraussetzt und nur zusätzlich dazu wirken kann. Der Zusammenhang von individueller Freiheit und unentbehrlichen Gemeinschaften – wie Familie, Nation, Religionsgemeinschaften – muss stärker beachtet werden, wie Udo Di Fabio uns Deutschen zu Recht ins Gewissen redet.

Die deutsche Gesellschaft braucht mehr Patriotismus für ihren Zusammenhalt. Globalisierung, Modernisierung, terroristische Bedrohung und demografische Katastrophe schaffen Unsicherheit und Angst unter den Menschen. Sie suchen nach Heimat, Verwurzelung und Orientierung in der Gemeinschaft, nach stabilen Familienstrukturen, nach starken regionalen Identitäten und nach Schutz in der Solidargemeinschaft Nation. Aus zunehmender Vereinzelung und Fragmentierung heraus drohen Konsens und Zusammenhalt in der Gesellschaft verloren zu gehen. Wohlstandspflege verkommt zu bloßem Konsumismus. Individualismus und Emanzipation enden immer häufiger in der Sackgasse hedonistischer Ichsucht.

Der wichtigste Bezugspunkt für einen erneuerten Patriotismus ist daher das unermüdliche Beharren auf einer wertorientierten Gesellschaft, die Ansprüche stellt und Bindungen einfordert. Fragt man nach der inhaltlichen Bestimmung solcher Wertorientierung, so ist die Antwort klar: Sorge für das Gemeinwohl, Dienst und Einsatz am Gemeinwesen. Überwunden werden muss zuallererst die weit verbreitete Haltung, nur noch Rechte und Leistungen einzufordern, aber keine gemeinschaftsbezogenen Pflichten mehr anzuerkennen – außer der zumeist höchst widerwillig geleisteten Zahlung von Steuern.

Zur Sorge für das Gemeinwohl gehört auch die Solidarität mit Zuwanderern, die Teil einer multinationalen Gesellschaft sind. Doch multinational ist etwas anderes als multikulturell. Wer als Angehöriger einer Minderheit die Solidarität der deutschen Patrioten erwartet, muss auch seinerseits mit dem Gemeinwesen, das ihn trägt und in dem er lebt, solidarisch sein. Er muss Gegenleistungen erbringen und sich aktiv in unseren Staat mit seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung einfügen, die deutsche Sprache erlernen und unser Wertesystem anerkennen. Dies stärkt auch seine Stellung und ist ein produktiver Beitrag zu einer patriotischen Humanität in Deutschland, das die Herausbildung von Parallelgesellschaften nicht dulden kann.

Patriotismus, Heimat, Nation, Freiheit, Demokratie, Gemeinsinn und Solidarität bilden Pfeiler und Fundamente unserer Zukunft im vereinigten Europa. Einige müssen noch gestärkt, andere nur wieder ins Bewusstsein gerückt werden. Dazu will die sächsische Union in der CDU Deutschland einen entscheidenden Beitrag leisten. Sie bekannte sich auf ihrem letzten Landesparteitag in Schwarzenberg fast einstimmig zu den vorgestellten Positionen.